

Mohssen Massarrat, Birgit Sommer,  
György Széll, Hans-Joachim Wenzel (Hrsg.)

# **Die Dritte Welt und Wir**

Bilanz und Perspektiven  
für Wissenschaft und Praxis

Informationszentrum Dritte Welt Freiburg

## Impressum

Die Dritte Welt und Wir  
Bilanz und Perspektiven für Wissenschaft und Praxis

Redaktion und Herausgeber:  
Mohssen Massarrat, Birgit Sommer, Georg Szell, H.J. Wenzel

Schlußredaktion: Birgit Sommer

(c) Namentlich gezeichneter Beiträge bei den Autoren

Satz: Printman Satz und Druck GmbH  
Ruppenkampstr. 11  
4500 Osnabrück

Titelgestaltung: Regine Wlassitschau

Druck: SOAK Hannover

ISBN 3-922263-11-9

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

**Die Dritte Welt und wir:** Bilanz und Perspektiven für  
Wissenschaft und Praxis / Mohssen Massarrat ... (Hrsg.). -  
Freiburg [Breisgau]: Informationszentrum Dritte Welt, 1993  
ISBN 3-922263-11-9  
NE: Massarrat, Mohssen [Hrsg.]

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
<b>Kapitel I: Weltwirtschaftliche Verteilungsstrukturen und -konflikte</b>	<b>9</b>
Elmar Altvater Die Schuldenkrise zehn Jahre danach	10
Mohssen Massarrat Süd-Nord-Einkommenstransfer durch Dumping-Preise und der Mythos vom Freihandel	17
Uwe Rolf Süd-Nord-Einkommenstransfer am Beispiel Uganda	32
Hubert Willenborg Süd-Nord-Einkommenstransfer am Beispiel Kenia	36
Heinz-Werner Hetmeier Ressourcentransfer von der Dritten Welt in die Bundesrepublik Deutschland über Rohstoffpreisänderungen	40
Urs Egger Notwendige Liberalisierung des Agrarhandels	58
Wolfgang Jäckel „Freier Markt“ oder Internationale Rohstoffabkommen? Das Beispiel des Kaffeeweltmarkts	66
<b>Kapitel II: Neue Tendenzen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen</b>	<b>77</b>
Rolf J. Langhammer Sechs Thesen zu „Verschiebungen und neue Tendenzen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen“	78
Raina Zimmering Entstehung eines neuen Wirtschaftsblocks oder das Enterprise of the Americas	84
Tatjana Chahoud Transformationsprozesse in Osteuropa/GUS und ihre Auswirkungen auf die Länder des Südens	96
Irene Kollin-Hüssen Chinas Entwicklungsstrategie im Wandel: Von autozentrierter Entwicklung zur Integration in den Weltmarkt	103

<b>Kapitel III: Entwicklung ohne Umweltzerstörung</b>	<b>111</b>
Jobst Conrad „Sustainable Development“ - Bedeutung und Instrumentalisierung, Voraussetzungen und Umsetzbarkeit eines Konzepts	112
Wolfgang Hein Theoretische Überlegungen zum Problem dauerhafter landwirtschaftlicher Entwicklung	139
Werner Hennings Sustainable Development und Fa'a Samoa	149
Doris Schmied Probleme und Möglichkeiten einer dauerhaften landwirtschaftlichen Entwicklung in Tansania	158
Christine Harth Probleme bei der Verbesserung von traditionellen Produktionssystemen durch standortgerechte Agrarmethoden am Beispiel von Ruanda	167
<b>Kapitel IV: Bevölkerung und Migration</b>	<b>179</b>
Johannes Otto Bevölkerungsdynamik und der Einfluß äußerer Ereignisse	180
Helmut Geist Wie tragfähig ist das Tragfähigkeitstheorem?	191
Eva Engelhardt Offizielle und inoffizielle Strategien der Bevölkerungspolitik in Brasilien	203
Franz Nuscheler Süd-Nord-Migration: Ursachen und Lösungsperspektiven	212
Hans ten Feld Internationale Migration und internationale Politik: Probleme und Perspektiven aus der Sicht des UNHCR	219
<b>Kapitel V: Internationale Beziehungen, regionale Entwicklung und Perspektiven multilateraler Politik</b>	<b>231</b>
Stefan Brüne Perspektiven für eine Europäisierung? Die nationalen Afrikapolitiken der wichtigsten europäischen Länder im Vergleich	232
Robert Kappel Europas Beziehungen zu Afrika: Ökologische Aspekte der Entwicklungspolitik	240
Ismail Wais Schwarzafrika braucht eine zweite Befreiung	251
Du-Yul Song, Rainer Werning Die Wiedervereinigungsproblematik Koreas im internationalen Umfeld und unter regionalen Aspekten	261

---

Holger Heide Krise des „Modell Korea“	272
Rudolf Buntzel „Sustainable Agriculture“ in den Zwängen der Weltwirtschaft Zur Notwendigkeit der Nachbesserung internationaler Abkommen	282
Brigitte Fahrenhorst Traditionelle Rechte an natürlichen Ressourcen in den Ländern des Südens (sogenannte Entwicklungsländer)	291
Karin Stahl Die UN-Konferenz über „Umwelt und Entwicklung“: Probleme, Ergebnisse und Perspektiven	299
Friederike Pentzlin Kontrolle transnationaler Konzerne als Testfall für die Durchsetzbarkeit entwicklungspolitischer Vorstellungen	317
Volker Löwe Hat die UNCTAD noch eine Perspektive?	335
Joachim Badelt Die Proliferationsproblematik nach Abschluß der Genfer Chemiewaffenverhandlungen: Probleme und Perspektiven	340
<b>Kapitel VI: Nation und Ethnizität</b>	<b>347</b>
Reinhart Kößler/Tilman Schiel Modernisierung, Ethnizität und Nationalstaat	348
Michael Bommers Ethnizität als praktische Organisationsressource	355
Ulrich Schiefer Geister und Gewehre: Ethnien, Macht und Staat in Guinea Bissau Ein Beispiel aus Westafrika	366
Mir A. Ferdowsi Nationenbildung und Krieg. Die Zukunftsperspektiven mittelasiatischer Staaten nach dem Zerfall des Sowjetimperiums	373
<b>Kapitel VII: Demokratie, Markt und soziale Bewegungen</b>	<b>383</b>
Dieter Boris Neoliberale Strukturreformen und Demokratisierungsprozesse im Lateinamerika der 80er und 90er Jahre	384
Gholamasad, Dawud Zur institutionellen Entdemokratisierung weniger entwickelter Staatsgesellschaften als einem Habitusproblem	394
Veronika Bennholdt-Thomsen Frauen und Subsistenz: entwicklungsökonomische Überlegungen	402

---

Ulrich Mai Dörfliche Kreditvereine in Indonesien: Schulung für Markt und Demokratie?	411
Barbara Töpfer Demokratie und Marktwirtschaft im Konzept der Cepal	418
Wolfgang Gabbert Das demokratische Potential sozialer Bewegungen in Lateinamerika	427
Michaela Hellmann Frauenräte in Brasilien - ein Potential für die Demokratisierung im Geschlechterverhältnis?	435
Heidi Wedel Die Entstehung der neuen sozialen Bewegung in der Türkei nach dem Militärputsch von 1980	441
<b>Kapitel VIII: Internationale Entwicklungszusammenarbeit</b>	<b>449</b>
Hildegard Lingnau Strukturanpassung und struktureller Wandel Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit	450
Theo Rauch Nachhaltige Agrarentwicklung und Entwicklungszusammenarbeit	457
Wulf Schmidt-Wulffen Sustainable Agriculture in sozio-ökonomischer Notlage? Eine Falluntersuchung aus Ghana	466
Michael Bünte Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung durch Süd-NRO. Erfahrungen aus Lateinamerika	473
Gottfried Wellmer NROs und staatliche Organisationen am Beispiel Mosambiks	478
Nikola von Hassell Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen von AIDS und Ansätze zu deren Begrenzung	489
<b>Kapitel IX: Anhang</b>	<b>496</b>
Osnabrücker Memorandum	497
Autorinnen und Autoren	506

# Nationenbildung und Krieg

## Die Zukunftsperspektiven mittelasiatischer Staaten nach dem Zerfall des Sowjetimperiums

Mir A. Ferdowsi

Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 in Mittel- und Osteuropa hatten allenthalben die Hoffnung erweckt, mit dem Verschwinden der marxistisch-leninistischen Alternative zur liberalen Demokratie sei nunmehr die Endstation der ideologischen Evolution der Menschheit und der allgemeinen Verbreitung der westlich-liberalen Demokratie als der endgültigen Form der menschlichen Regierung erreicht. Die Beendigung des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts durch die „Pariser Charta für ein neues Europa“ im November 1990 sowie der Zerfall des sowjetischen Imperiums ein Jahr später bestärkte euphorische Zeitgenossen in ihren Hoffnungen, nunmehr werde der „ewige Frieden“ ausbrechen.

Doch entgegen diesen Erwartungen deuten die bisherigen Entwicklungen darauf hin, daß - so paradox es auch zunächst erscheinen mag - mit dem Ende des Kommunismus und des Ost-West-Konflikts eine Periode relativer Stabilität und Berechenbarkeit zu Ende gegangen ist. Denn wenn auch der jugoslawische Bürgerkrieg zur Zeit im Mittelpunkt des Interesses der Weltöffentlichkeit steht, gehören bewaffnete Grenzkonflikte und bürgerkriegsähnliche Zusammenstöße zwischen herrschenden Eliten und Opposition in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (etwa in Aserbaidschan, Tadschikistan und Georgien) zur bitteren Realität. Die ehemalige Zweite Welt - bis Ende der achtziger Jahre beinahe ein weißer Fleck in der Statistikenliste der „Kriegsbuchhalter“ - ist dabei, die Liste der am meisten von Krieg betroffenen Regionen der Welt anzuführen.

Was immer auch die Ursachen jener Hoffnungen auf eine friedlichere Welt waren - die Jahrzehnte lang liebgezwungene „Mystifikation“ des Ost-West-Konfliktes als Hauptursache für den Ausbruch von Kriegen und Bürgerkriegen oder eine eher verkürzte Wahrnehmung der Ursachen der „Zivilisierung“ des Ost-West-Konfliktes - hinsichtlich der Ursachen der gegenwärtigen Kriege und Konflikte wurde wohl die historische Erfahrung ausgeblendet, daß der Zerfall übernationaler Großreiche in diesem Jahrhundert nicht nur stets Folge von Kriegen war, sondern auch eine Reihe von Kriegen nach sich zog.

In Europa war dies nach dem Zusammenbruch der Habsburger Doppelmonarchie 1918 nicht anders wie beim Zerfall des Osmanischen Reiches 1918, als jene

Prozesse der Nationalstaatsbildung in Gang gesetzt wurden, deren Spätfolgen in den heutigen gewalttätigen Umwälzungen, insbesondere in Jugoslawien und Südosteuropa erneut ausgebrochen sind. Auch in anderen Regionen des ehemaligen Osmanischen Reiches, etwa im Nahen Osten, erfolgte der Prozeß der staatlichen Neugliederung unter großen inneren und äußeren Reibungsverlusten. Sie hat neben den klassischen Nahost-Konflikte sowohl zu einer Reihe von internen arabischen Kriegen geführt wie auch am Persischen Golf den Ausbruch von zwei Kriegen - iranisch-irakischer und irakisch-kuwaitischer - mitverursacht.

Auch die Liquidierung der französischen, britischen und niederländischen Kolonialreiche seit 1945 sowie des portugiesischen Kolonialgebietes Mitte der 70er Jahre hatten Bürger-, Sezessions- und Grenzkriege zur Folge, die in weiten Teilen Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens noch heute weiterwirken.

Es liegt wohl in der Logik dieser historischen Entwicklungen, daß die als Folge des Zerfalls des sowjetischen Imperiums sich anbahnenden Konfliktformationen nicht nur dieselben Symptome aufweisen, sondern auch im Hinblick auf ihre Ursachen in frappierender Weise jenen innerstaatlichen und secessionistischen Konflikten in der Dritten Welt ähneln, von denen seit dem Zweiten Weltkrieg mehr als die Hälfte aller unabhängigen Staaten betroffen waren und die Verfolgung und Unterdrückung von mehr als fünfzig Völkern verursacht hatten. Das ist kein Wunder, da auch sie mit ähnlichen historischen „Hypotheken“ belastet sind wie die nachkolonialen Staaten der Dritten Welt.

### *Pax colonialica* oder wie man Konflikte konserviert

Hatten die Kolonialmächte bei der Aufteilung ihrer Kolonialgebiete - etwa im Rahmen der Berliner Kongo-Konferenz 1884 - „künstliche“ Grenzen geschaffen, die sich vom ethnischen, politischen und ökonomischen Standpunkt aus später als problematisch erweisen sollten, so sind in der Sowjetunion ähnlich gelagerte Konflikte durch die Umstrukturierung der Vasallengebiete in Sowjetrepubliken angelegt worden: Ebenso wie beispielsweise im Falle Obervoltas, das durch Abtrennung seines Territoriums vom französischen Sudan gegründet, aber kurz danach bis 1957 an die Elfenbeinküste angeschlossen wurde, um dann wieder bis 1960 autonomer Besitz Frankreichs zu werden, spielte auch im Falle der Sowjetunion, als das Gebiet des heutigen Tadschikistan von dem 1924 gegründeten Usbekistan abgetrennt und in eine eigene Republik verwandelt wurde, die Überlegung keine Rolle, welche Volksgruppen von den Umstrukturierungen betroffen waren und ob traditionell zusammengehörige Siedlungsgebiete dadurch auseinandergerissen wurden. Als „Kuriosum“ - und zugleich auch wieder typisch für die Politik der Kolonialmächte bei der Schaffung künstlicher Gebilde - sei auf Kenia hingewiesen, dessen Grenzen zwar auf der Berliner Konferenz 1884 entlang dem deutschen Territorium Tanganyika („Deutsch-Ostafrika“) markiert, kurze Zeit später aber so verschoben wurden, daß der Kilimandscharo, der höchste Berg Afrikas, dem deutschen Kolonialgebiet zugeschlagen wurde. Den Hintergrund dieser Revision bildete der ausdrückliche Wunsch von Kaiser Wilhelm II., der auch einen schneebedeckten Berg am Äquator besitzen wollte und ihn von seiner Tante, der Queen Victoria, zum Geburtstag geschenkt bekam.



Innerhalb des sowjetischen Imperiums findet diese Vorgehensweise ihre Parallelen im „Schicksal“ der Halbinsel Krim, die bis 1944 als Autonome Republik innerhalb der RSFSR national-territoriale Einheit der Krimtataren war; nach deren Deportation von einer mehrheitlich russischen Bevölkerung in Besitz genommen und schließlich 1954 von Chruschtschow der Ukraine aus Anlaß des 300. Jahrestags der „Wiedervereinigung“ mit Rußland geschenkt wurde.

Der Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan um das autonome Gebiet Nagorny Karabach ist ein weiteres ebenso prominentes wie aktuelles Beispiel für ähnlich gelagerte Territorialkonflikte. Doch die Dimension der zu erwartenden Konflikte wird erst deutlich, wenn man bedenkt, daß vorsichtigen Schätzungen des Moskauer Instituts für politische Geographie zufolge beim Zerfall der Sowjetunion 1991 annähernd 76 Grenz- und Gebietsanfechtungen zwischen den unabhängig werdenden Republiken und Gebietseinheiten vorlagen. Sie werden in dem Maße verstärkt ausbrechen, wie die Bedeutung territorialer Grenzen im Prozeß der Staatenwerdung an Gewicht gewinnen.

Eine Zeitbombe mit erheblich größerer Sprengkraft bildet darüberhinaus die „Entrussifizierung“, wenn in den Nachfolgerepubliken im Zuge nationaler Verselbständigungstendenzen das estnische Beispiel Schule macht. Hier wurden bei den erst kürzlich abgehaltenen ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit Erringung der Unabhängigkeit rund 40 Prozent der Nicht-Esten (die Mehrheit der Russen und Angehörige andere Nationalitäten) von der Stimmabgabe ausgeschlossen und damit de facto zu Bürgern zweiter Klasse degradiert. Denn ca. 25-30 Mio Russen leben in den anderen ehemaligen Unionsrepubliken und machen in Kasachstan 40 Prozent, in der Ukraine 21 Prozent, in Moldavien 14 Prozent, in Weißrußland zwölf Prozent, in Turkemenistan 13 Prozent, in Tadschikistan acht Prozent, in Usbekistan elf Prozent und in Kirgisistan 22 Prozent der Bevölkerung aus.

Auch hinsichtlich der „Mechanismen der Herrschaftssicherung“ lassen sich in der ehemaligen UdSSR ähnliche Verhaltensmuster ausmachen wie bei den klassischen Kolonialmächten: Diese neigten bei der Errichtung ihrer Kolonialherrschaft dazu, schon vorhandene Konflikte auszunutzen, um sich sodann in die Position von Vermittlern zu lavieren. Durch diese Politik des *Divide-et-impera* versuchten sie, eine ihren imperialen Interessen dienliche Friedensordnung zu errichten, in deren Rahmen Konflikte zwar eingedämmt, aber ihre Ursachen nicht beseitigt wurden. Auch in der UdSSR wurden Konflikte lange Zeit durch ein fatales System von politischen Anreizen konserviert, von dem die Union profitierte, da die Provokation und Manipulation inter-ethnischer Konflikte ihr erst die Chance eröffneten, wahlweise in der Rolle eines Schutzpatrones der Nationalismen der kleinen Völker oder eines Garanten der territorialen Unversehrtheit der Republik-Nationen neues Profil und damit neue Legitimität zu gewinnen.

Angesichts dieser Mechanismen der „Konfliktkonservierung“ verwundert es nicht, wenn viele dieser Konflikte nach der Erlangung der Unabhängigkeit auf dem Weg der „Neukonstruktion“ bzw. „nationalen Restauration“ wieder ausbrechen.

## Von der „Staaten-“ zur „Nationenbildung“ oder die Lernkosten der Eigenstaatlichkeit

Es ließe sich zwar vortrefflich darüber debattieren, ob andere, nicht-territorial-staatliche Alternativen politischer Organisation dem Nationalstaat vorzuziehen wären, zumal er angesichts der zu anstehenden großen existentiellen Probleme der Menschheit im Bereich von Ökonomie, Ökologie sowie demographischem und sozialem Wandel als organisatorische Plattform seine kritische Grenze erreicht hat. Gleichwohl schlummert bei vielen „Ethnien“ und „Volksgruppen“ in Afrika, Asien und Osteuropa die Sehnsucht nach einem eigenen „Staat“, mit der Folge, daß die Welt - so die Befürchtung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Butros Ghali - in 400 zum Teil wirtschaftlich marode Kleinstaaten zu zerfallen droht.

Doch die nationalen Bewegungen übersehen meist, daß die „Staatsbildung“ nur der erste und nicht selten der leichteste Schritt auf dem Weg zur „Eigenständigkeit“ und „Nationalstaatlichkeit“ ist. Denn erfahrungsgeschichtlich spricht nichts dafür, daß den Nachfolgestaaten der Zweiten Welt oder den secessionistischen Bewegungen jene schmerzhaften Erfahrungen erspart bleiben, die die postkolonialen Staaten Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens gemacht haben. Denn nach gelungener Staatsbildung werden sie mit einer Reihe, aus dem Nationsbildungsprozeß in Europa und der nachkolonialen Staaten bekannten, Krisenerscheinungen konfrontiert, die in verschiedener Sequenz und mit unterschiedlichem Gewicht und Intensität auftreten können.

### Identitätskrisen

Identitätskrisen, die aus dem Bestreben resultieren, durch die „Entkolonisierung“ der Vergangenheit ein nationales Gemeinschaftsgefühl bzw. ein Gefühl gemeinsamer Identität zu entwickeln. Es gibt zwar bislang keine schlüssige Antwort auf die Frage, warum sich Menschen eher von Appellen an ihre gemeinsame Religion, Sprache und Herkunft so viel tiefer und heftiger leiten lassen als von der Einsicht in der Notwendigkeit, gemeinsame Interessen wahrzunehmen und friedlich zusammenzuleben. Dieser Prozeß scheint jedoch - so zeigt uns jedenfalls die Geschichte - unerläßlich zu sein, da die von Entmündigung betroffenen Menschen, Gruppen und Völker erst durch eine gefestigte Identität zu Verflechtungen und Vernetzungen befähigt werden, ohne Gefahr zu laufen, dadurch erneut in identitätsvernichtende Abhängigkeiten zu geraten.

Dabei stehen die werdenden Nationen vor dem Problem, Bezugspunkte für ihre eigene Existenz zu finden, die über die im wesentlichen zufällige und willkürliche Grenzziehungen hinausgehen. Wo sich der Rückgriff auf eine Zeit der Unabhängigkeit in unmittelbarer Vergangenheit nicht von selber anbietet, konstituiert sich diese „nationale Wiedergeburt“ im Rekurs auf die Geschichte. Das Verlangen nach Helden, Märtyrern und Mythen, nach Halt in einer vom Freiheitswillen erfüllten Geschichte der Nation wird zum Lebenselixier der neugewonnenen staatlichen Souveränität.

Doch der Prozeß der Identitätsfindung ist ein zweischneidiges Schwert: Denn um das Selbstwertgefühl der Massen zu stärken, werden nicht selten die Unterschiede überbetont, mit dem Ergebnis einer ethnozentrischen Abgrenzung und Ausschließung, die oft in fundamentalistische und chauvinistische Strömungen umschlägt, mit verheerenden Auswirkungen für die hiervon betroffenen Menschen. Denn schnell geht die innere Selbstfindung Hand in Hand mit der Aggression nach außen bzw. gegen als „Minderheit“ definierte Gruppen.

## Legitimitätskrisen

Der Prozeß der „Identitätsfindung“ ist allerdings nur ein erster, wenn auch sicherlich fundamentaler Schritt auf dem Wege der „Nationenwerdung“. Er wird von einer Reihe weiterer politisch-ökonomischer Krisen überfrachtet bzw. begleitet, deren wichtigste Legitimitätskrisen sind, die durch vier Faktoren ausgelöst werden: Erstens dem Wandel der bisherigen Legitimationsbasis und der sich daraus ergebenden Spannungen zwischen neuen Machteliten und alten „Autoritäten“, die früher an der Spitze des kommunistischen Parteiapparate standen und heute nur dank ihrer weitreichenden Verbindungen und Einflußnetze als „nationalistische“ Kräfte die Politik bestimmen; zweitens durch den Zusammenbruch ideologisch begründeter Herrschaftsinstitutionen, auf denen die staatliche Autorität basierte; drittens durch die Desintegration staatlicher Machtstrukturen, hervorgerufen durch einen heftigen (nichtinstitutionalisierten) Kampf konkurrierender Gruppen um Macht; viertens schließlich durch den Autoritätsverlust staatlicher Institutionen und Führungspersönlichkeiten aufgrund ihrer Fehleinschätzung der Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung bzw. des Weckens nicht-realiserbarer Erwartungen.

## Partizipationskrisen

Partizipationskrisen, die vor allem in der Forderung nach Erweiterung politischer Teilnahmerechte zum Ausdruck kommen, ist ein weiteres Problem. Denn der für die Restrukturierung und Reformierung unverzichtbare Versuch zur Eingliederung immer größerer Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozeß führt zwangsläufig zur Entstehung neuer Interessengruppen mit neuen Forderungen, die eine grundlegende Veränderung vorhandener politischer und wirtschaftlicher Strukturen erfordert. Doch diesen steht in der Regel zweierlei im Wege: Zum einen die Monopolisierung politischer und wirtschaftlicher Macht durch einzelne Gruppen, die partizipatorische und pluralistische Strukturen verhindern; zum anderen - und dies gilt für die meisten nachkolonialen Staaten ebenso wie für die aus der Erbmasse der Zweiten Welt entstandenen Staaten: mangelndes Verständnis und unzureichende Erfahrung hinsichtlich demokratischer und ordnungspolitischer Grundprozesse. Hinzu kommt, daß demokratischer Aufbruch unter Bedingungen ökonomischer Krisen schnell ernsthafte Verschleißerscheinungen zeitigt. Es verwundert daher nicht, daß bislang nur in wenigen Fällen die Erwartungen hinsichtlich der Etablierung demokratischer Strukturen auch tatsächlich erfüllt wurden. So ist zu erklären, daß es in der großen Mehrzahl der post-kolonia-

len Staaten zu schweren inneren Machtkämpfen zwischen rivalisierenden Fraktionen und zu äußerst blutigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen innerhalb dieser im Grunde weitgehend künstlichen Staatsgebilde gekommen ist. Ergebnis war die Etablierung diktatorischer Regime, die den westlichen Grundsätzen einer demokratischen Ordnung in keiner Weise entsprechen.

## Distributionskrisen

Eine weitere Herausforderung bilden Distributionskrisen, die in engem Zusammenhang mit den Forderungen benachteiligter gesellschaftlicher Gruppierungen nach größerer Beteiligung am gesamtgesellschaftlichen Reichtum stehen. Darüber hinaus zieht - im Kontext der „Revolution der steigenden Erwartungen“ - die Art und Weise der qualitativen und quantitativen Umverteilung ständig weitergehende Forderungen nach Gerechtigkeit, Sicherheit und Daseinsvorsorge nach sich, die allerdings aufgrund der ökonomischen Zerklüftung und begrenzter wirtschaftlicher Ressourcen nur in den seltensten Fällen auch schnell befriedigt werden können. Denn die mittelasiatischen Republiken der früheren Sowjetunion, um nur ein Beispiel zu nennen bilden die ärmsten Regionen des ehemaligen Imperiums. Beim Pro-Kopf-Einkommen erreichten diese Länder Ende der 80er Jahre zwischen 43 Prozent (Tadschikistan) und 74 Prozent (Kasachstan) des sowjetischen Durchschnittseinkommens. 1989 lebte ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung dieser Länder mit weniger als 75 Rubel im Monat unterhalb der ohnehin sehr niedrig angesetzte Armutsgrenze. Das Volkseinkommen, das 1990 leicht anstieg, sinkt wieder - 1991 um 0,4 Prozent in Aserbaidschan und um 10% in Kasachstan. Die anderen Republiken lagen dazwischen.

## Penetrationskrisen

Schließlich Penetrationskrisen, die durch den Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen Bürokratie verursacht werden, um den Einfluß der Regierung in allen Regionen des Landes geltend machen zu können. So vernünftig eine solche Politik angesichts der erhöhten Anforderungen an den „Nationalstaat“ im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung auch ist, problematisch wird sie, wenn in kulturell heterogenen Staaten damit nicht selten auch das Ziel verfolgt wird, Volksgruppen sowie linguistische und religiöse Minderheiten zwangsweise zu assimilieren, wobei das Minderheitsvolk bzw. die Volksgruppe durch gezielte staatliche Maßnahmen oder gesellschaftliche Aktivitäten in seinem Bestand aufgelöst wird. Daß eine solche Politik zwangsläufig den Widerstand jener Bevölkerungsgruppen herausfordert, die sich nicht in das betreffende Staatsgebiet integrieren lassen wollen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Nur vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum seit dem Zweiten Weltkrieg jede revolutionäre bzw. separatistische Bewegungen zur Erlangung nationaler Selbstbestimmung sich in nationalen Begriffen - in einer Art „Mikro-Nationalismus“ - definierte und die Gründung eines eigenen Staates anstrebte. Und das gilt heute noch in Südasien für die Sikhs und die Tamilen ebenso wie die Kaschmiris und die

Vereinigte Befreiungsfront Assams; in Südostasien, vor allem in Indonesien für Osttimor und West-Irian; in Zentralasien für die Tibeter und die muslimische Bevölkerung Xinjiangs; in Mittleren Osten für Kurden und Palästinenser und schließlich und endlich in Afrika für die Eritreer und Tigre in Äthiopien ebenso wie in Westsahara und Sudan, wo sich die christliche Stämme im Süden des Landes gegen die Dominanz des islamischen Nordens wehren. Es ist mehr als eine Ironie der Geschichte, daß alle diese sezeptionistischen Bewegungen sich gegen jene Staaten richten, die selbst unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der „Völker“ ihre eigene Unabhängigkeit erkämpft bzw. erlangt haben.

## Perspektiven

Bedenkt man, daß nur wenige der von kolonialer Herrschaft befreiten Staaten den Prozeß der Bildung einer Nation erfolgreich abgeschlossen haben, so wird die Dimension der Probleme und Konflikte deutlich, mit denen wir mittel- bis langfristig in den erst zu Beginn der 90er Jahre (wieder) entstanden Staaten zu erwarten haben.

Darüber hinaus wird auch ihnen angesichts ihrer sozio-ökonomischen Zerklüftung wie vielen anderen ehemaligen Kolonien die bittere Erfahrung nicht erspart bleiben, daß internationale Anerkennungen zwar wohlfeil, aber auch unverbindlich sind. Da alte Wirtschaftsverbindungen gekappt, neue nicht gewonnen werden, treiben sie dem Kollaps entgegen - allenfalls fallen sie der internationalen „Wohlfahrtshilfe“ anheim.

Diese sehr düstere Prognose wird allenfalls dadurch relativiert, daß in der Dritten Welt die historische Ausgangsbedingungen zur Bildung von „Nationalstaaten“ fast überall ungünstiger waren als in den Nachfolgestaaten der Zweiten Welt, da vor allem die organisch gewachsenen Vermittlungsinstanzen gefehlt haben, die eine ethnisch und kulturell heterogene Bevölkerung mühelos zu einer nationalen Interessengemeinschaft hätten verschmelzen können.

Zudem war, hingegen zu den überwiegenden Teil der Staaten Ost-Mittel-Europas keine Kolonie eine „Nation“. Vielmehr haben erst die Kolonialmächte hierfür die Grundlage geschaffen. Etwa in Indien, wo die Briten die erste gemeinsame „nationale“ Regierung stellten, die die Grenzen verteidigte und dem Subkontinent zum ersten Mal ein bestimmtes Maß an innerer Sicherheit gab. Wenn Sie auch andererseits zusammen mit Franzosen 1916 mit dem Geheimabkommen von Sykes-Pico ein panarabisches Reich zerstückelten, das aus dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches hätte hervorgehen können und an dessen Stelle so künstlich geschaffenen und daher bis heute so konflikträchtigen „Nationalstaaten“ wie den Irak, Transjordanien, Saudi-Arabien u.v.m. setzte.

Akzeptiert man, daß diese Staaten ihren eigenen Weg finden müssen, so spricht die Erfahrung dafür, daß die negativen Begleiterscheinungen dieses „historischen Prozesses“ in den seltensten Fällen völlig verhindert werden können - am aller wenigsten mit Mitteln der Gewaltanwendung von Außen. Denn dort, wo man in derartig gelagerten Konflikten eine militärische Lösung suchte, war die Lage nach ihrer Anwendung schlimmer als zuvor: als die externer Akteure sich zurückzogen loderten die Kriege wieder auf. Frankreichs Intervention in Algerien und Viet-

nam, Amerikas in Vietnam, sowjetische Ohnmacht in Afghanistan, das Unvermögen Vietnams, Kambodscha zu unterwerfen und die vergeblichen Intervention Indiens in Sri Lanka zur Beendigung des Tamilen-Konflikts haben die Grenzen militärische Macht und ihrer Verwundbarkeit als Mittel zur Erreichung politischer und strategischer Ziele mehr als verdeutlicht.

Ebenso fraglich ist, ob solche Prozesse durch Errichtung von Schutzzonen für bedrohte Minderheiten oder nachträgliche Verankerung der Rechte der Minderheiten in die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ vermieden werden können. Denn sie sind nicht nur ein Ergebnis ökonomischer und politischer Strukturdefekte der betroffenen Gesellschaften, sondern sie werden ein immantenter Bestandteil im Prozeß der Nationenbildung bleiben, solange Nationalstaatlichkeit ein irreversibler Bestandteil des internationalen Systems bleibt. Mit derartigen rechtlichen und humanitären Maßnahmen kann zwar das Leid der Betroffenen gelindert, nicht aber das Grundproblem gelöst werden.

Vieles deutet darauf hin, daß man Völker, die nicht zusammengehören (wollen), nicht mit Gewalt dazu zwingen kann. In Umkehrung der Formel Willy Brandts bei der deutschen Wiedervereinigung muß man in diesem Falle zur Kenntnis nehmen, daß „nicht zusammenwachsen kann, was nicht zusammengehört“.

Angesichts der verheerenden Auswirkungen der eruptiven nationalen Bewegungen in der Dritten Welt seit dem Zweiten Weltkrieg und in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion seit dem Beginn der 90er Jahre scheint der Italiener Pasquale Mancini recht behalten zu haben, der schon 1851 einem Staat, in dem viele Nationalitäten zu einer Einheit gezwungen werden als „kein politischer Organismus, sondern ein lebensunfähiges Ungeheuer“ bezeichnet hat.

Bei nüchterner Betrachtung und Berücksichtigung der Tatsache, daß der Nationalstaat, das Nationalitäten Prinzip und das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Zeit zwischen 1848 und 1920 für Europa normgebende Begriffe waren, wird immer offensichtlicher, daß die Krisenerscheinungen in den Staaten der Dritten Welt Begleiterscheinungen jenes Nachholprozesses nationaler Konsolidierung darstellen, den auch (Mittel)Europa schmerzlichen historischen Lernkosten in Form von Revolutionen, Bürgerkriegen und Kriegen durchlaufen hat - ein Prozeß, an dessen Beginn die Nachfolgestaaten der ehemaligen Zweiten Welt erst heute stehen.

Bei aller berechtigten Euphorie über die positiven Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa gehen wir in der „Post-Ost-West-Konflikt-Ära“ keineswegs friedlicheren Zeiten entgegen, ganz im Gegenteil.

## Literatur

- Almond, G. A./Coleman, J. S. (Hrsg.), 1960: *The Politics of the Developing Areas*, Princeton N.J.
- Almond, G./Powell Jr., G. B., 1966: *Comparative Politics. A Developmental Approach*, Boston
- Anderson, B., 1988: *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt/M.
- Birch, A.H., 1978: *Minority Nationalist Movement and Theories of Political Integration*, in: *World Politics*, No. 3
- Blaschke, J., 1985: *Von der Modernisierung durch Nationenbildung zu den Folgen industrialisierter Arbeitsteilung - Stationen sozialwissenschaftlicher Nationalismusforschung*, in: *Peripherie*, Nr. 18/19,
- Conner, W., 1972: *Nation-Building or Nation-Destroying*, in: *World Politics* 24
- Deutsch, K. W., 1953/1966<sup>2</sup>: *Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality*, New York, Cambridge/London
- Deutsch, K. W., 1972a: *Der Nationalismus und seine Alternativen*, München
- Deutsch, K. W., 1972b: *Nationenbildung - Nationalstaat - Integration*, Düsseldorf
- Elwert, G., 1989: "Nationalismus und Ethnizität". Über die Bildung von Wirkgruppen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft
- Ferdowsi, Mir A., 1991: *Ende der Stellvertreterkriege? Die Erosion des Ost-West-Antagonismus und gewaltförmige Konflikte in der Dritten Welt*, in: *antimilitarismus information*, Heft 7
- Ferdowsi, Mir A., 1987: *Militante Konflikte in der Dritten Welt*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B8
- Ferdowsi, Mir A., 1987: *Regionalkonflikte in der Dritten Welt: Dimensionen, Ursachen, Perspektiven*, in: derselbe/Opitz, Peter J. (Hrsg.): *Macht und Ohnmacht der Vereinten Nationen. Zur Rolle der Weltorganisation in Drittwelt-Konflikten*, München
- Fukuyama, F., 1989: *The End of History?* In: *The National Interest*, Heft 16
- Fukuyama, F., 1991: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München
- Gantzel, Klaus J. (Hrsg.), 1992: *Die Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990. Daten und Tendenzen*, Münster
- Gerdes, D., 1980: *Minderheitenschutz - eine internationale Rechtsform auf der Suche nach ihrem Gegenstand*, in: *Vereinte Nationen*, Heft 4
- Geyer, D., 1992: *Das Ende des Sowjetimperiums. Eine historische Betrachtung*, in: *Osteuropa*, Heft 4
- Götz, R./Halbach, U., 1992: *Politisches Lexikon GUS. Daten zur Geographie, Bevölkerung, Politik und Wirtschaft der Republiken der ehemaligen UDSSR*, München
- Halbach, U., 1992: *Schuld haben immer die anderen Völker. Ethnizität und Territorialität in Zentralasien*, in: *der überblick*, Heft 2
- Hecker, H., 1992: *Untergang eines Weltreiches*, in: *Osteuropa*, Heft 6
- Hofmeier, R./Matthies, V. (Hrsg.), 1992: *Vergessene Kriege in Afrika*, Göttingen
- Holzer, A., 1991: *Nationalismus als historische Konstruktion. Zwei theoretische Beiträge von Ernest Gellner und Etninne Balibar/Immanuel Wallerstein*, in:

- Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1
- Hottinger, A., 1992: Zukunftsfragen für Zentralasien, in: Europa-Archiv, Folge 14
- Jahn, E./Meier, B., 1992: Das Scheitern der sowjetischen Unionserneuerung, HSFK-Report 2
- Kappeler, A., 1992: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München
- Kimminich, O., 1985: Rechtsprobleme der polyethnischen Staatsorganisation. Mainz/München
- Krippendorff, E., 1979: Minorities, Violence, and Peace Research, in: Journal of Peace Research, Heft 1
- Krippendorff, E., 1985: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt/Main
- Kühnhardt, L., 1987: Ideologiebildung in der Dritten Welt. Zwischen Nationwerdung und demokratischem Aufbruch, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4
- Ludwig, K., 1990: Bedrohte Völker. Nationale und religiöse Minderheiten. Zweite, überarbeitete Auflage, München
- Matthies, V., 1988: Kriegsschauplatz Dritte Welt, München
- Müller, F., 1992: Islamischer Wirtschaftsriese? Die mittelasiatischen Republiken gehören zu den armen Ländern der Welt, in: der überblick, Heft 2
- Rokkan, S., 1969: Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung. Modelle und Methoden, in: Zapf, W. (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln
- Rotberg, R.I., 1978: Der afrikanische Nationalismus. Konzept oder Konfusion? in: Winkler, H.A. (Hrsg.), Nationalismus, Königstein/Ts.
- Scheuner, U., 1974: Nationalstaatsprinzip und Staatenordnung seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Schieder, Th. (Hrsg.): Staatsgründungen und Nationalitätsprinzip, Wien
- Schieder, Th., 1978: Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaates in Europa, in: Winkler, H. A. (Hrsg.): Nationalismus, Meisenheim
- Schiel, T. 1985: Ethnie, Stamm, Nation - Was ist Fiktion, was ist Realität? in: Peripherie, Heft 18/19,
- Siegelberg, J. (Red.), 1991: Die Kriege 1985 bis 1990. Analyse ihrer Ursachen, Münster
- Tetzlaff, R., 1987: Nationalismus und nation-building in der Dritten Welt als Entwicklungsproblem: eine Reaktion auf den Westen, in: Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.): Wirtschaft, Kultur und Entwicklung. Wirtschaftliche Entwicklung und Kulturwandel in den Entwicklungsländern. Stuttgart, S. 105/6 (Materialien zum Internationalen Kulturaustausch, Bd. 28).
- Veiter, Th., 1984: Nationalitätenkonflikt und Volksgruppenrecht im ausgehenden 20. Jahrhundert, Bd. 1. Zweite, erweiterte und völlig neu überarbeitete Auflage, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Reihe A 55)
- Zülch, T., 1975: Von denen keiner spricht. Unterdrückte Minderheiten - Von der Friedenspolitik vergessen. Reinbek